

Engagement als Strategie – Was will der nette Nazi von nebenan?

Dierk Borstel

Nachdem Schüler an einer Berliner Schule NPD-CDs verteilt haben, kommt es im Kollegium zu einer Diskussion. Eine Lehrerin reagiert auf einen Hinweis des herbeigeeilten Experten erheitert: »Welcher Nazi liest denn Gramsci? Die Schüler, die wir heute gesehen haben, sind dumm wie Stulle!« Niemand widerspricht. Für Aufmerksamkeit sorgt im medialen Diskurs ein neues Bild eines vermeintlich modernen Rechtsextremismus. Neu seien rechtsextreme Frauen, die sich in der Kindertagesstätte ihrer Kinder engagieren und im Ökoladen nebenan für regionale Produkte werben. Da engagieren sich plötzlich NPD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern für den Wiederaufbau einer Kirche in Anklam und treten einer Bürgerinitiative gegen Braunkohleabbau bei Lübtheen bei. In Sachsen kursiert das Bild rechtsextremer Kümmerer in Dörfern. Aus Niedersachsen wird ein Fall bekannt, in dem ein NPD-Mitglied sich führend für die örtliche Kirchengemeinde einsetzt. In Brandenburg tingelten schon früher junge Rechtsextremisten durch die Altenheime und sangen den Alten dort bekannte Volkslieder vor. Dieses Engagement geht oft nicht von der NPD, sondern von freien Kameradschaften und losen rechtsextremen Netzwerken vor Ort aus. Es greift regionale Themen auf und engagiert sich scheinbar für das Gemeinwohl. Ist dieses Vorgehen Teil der alltagsweltlichen Realität von Rechtsextremen oder Strategie? Droht damit eine rechtsextreme Zivilgesellschaft? Oder wie ist die aktuelle Situation sonst zu bewerten? Vier Thesen sollen helfen, diese Fragen einzukreisen und zu beantworten. Vorab jedoch gilt es den Begriff der Zivilgesellschaft zu präzisieren.

Was ist die Zivilgesellschaft?

In der politischen Theorie gehört der Begriff der Zivilgesellschaft zu den schillerndsten überhaupt. Er verfügt über eine jahrhundertlange Tradition, ist zwischendurch eine Zeitlang im Diskurs verschwunden und erlebt seine Renaissance mit dem Fall der kommunistischen Systeme in Osteuropa. Bis heute gibt es keine Konsensdefinition des Begriffs. Weitgehende Akzeptanz findet jedoch das Verständnis von Habermas. Den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft bilden für ihn »jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern. (...) Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert« (Habermas 1998: 443-444).

Kleinster gemeinsamer Nenner im Diskurs dürfte sein, dass es sich bei der Zivilgesellschaft um eine gesellschaftliche Sphäre handelt,

- die zwischen Staat und Privatsphäre angesiedelt ist,
- von einer Vielzahl staatlich unabhängiger Akteure besiedelt ist,
- vom Staat geschützt den Organisationen Freiheit der Organisation und Meinung gibt.

Dabei werden mit der Zivilgesellschaft verschiedene Hoffnungen und Funktionen verbunden (vgl. zur Einteilung Schulz zur Wiesch 2002):

- Subversive Funktion: Zivilgesellschaft soll staatlicher Gewalt widerstehen, Missstände aufgreifen und Widerstand gegen Unrecht leisten. Dieses Verständnis findet sich vor allem in der politischen Linken.
- Stabilisierende Funktion: Zivilgesellschaft in diesem Verständnis soll den Staat entlasten, indem Bürger Aufgaben des Staates übernehmen. Muster dieses Denkens finden sich z. B. im so genannten Konzept des »dritten Weges« von Giddens.
- Integrierende Funktion: Bürger sollen durch ihr konkretes Handeln den sozialen Zusammenhalt fördern. Dieser Grundgedanke ist besonders innerhalb des Kommunitarismus ausgeprägt.

Umstritten ist vor allem der normative Gehalt des Begriffs »Zivil«. Denn nicht alle Akteure in der Sphäre der Zivilgesellschaft verfügen über einen zivilen Charakter. Rechtsextreme Kameradschaften, Linksextremisten und islamistische Terrornetzwerke bevölkern diese Sphäre, teilen jedoch nicht die Idee einer humanitären und zivilen Gesellschaft. Es ist deshalb die Frage erlaubt: Wie verhält sich der moderne Rechtsextremismus zur Zivilgesellschaft? Vier Thesen sollen eine Annäherung bringen.

These 1: Moderne rechtsextreme Strukturen organisieren sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft.

Die Organisationsform der Kameradschaften bildet eine strukturelle Grundform des modernen Rechtsextremismus besonders, aber mittlerweile nicht nur, in Ostdeutschland. Nach Wagner handelt es sich dabei um »national-sozialistische Gruppierungen, die nur selten personell offen und direkt politisch in Erscheinung treten. Sie existieren in einem Zwielficht, das sie für die Ausbreitung ihres Einflusses nutzen. Bei gleichzeitiger Verdeckung ihrer tatsächlichen Handlungsbereitschaft und -fähigkeit demonstrieren sie Macht, die in mancher Kommune im demokratischen Raum lähmend wirkt, zumal immer reale Gewalt (oder wenigstens doch ihre Androhung) im Spiel ist« (Wagner 2000: 163-164).

Die rechtsextreme Szene beschreibt diese Kameradschaften selber etwas verklärend wie folgt: »Eine Kameradschaft will mehr. Sie zielt auf den Lebensinhalt. Sie ergreift den ganzen Menschen. Es geht nicht alleine um die Erreichung von Nahzielen, sondern um die sinnvolle Führung eines ganzen Lebens. Der nationale Mensch ist im Denken und Fühlen, im Handeln und Verhalten durchdrungen von seinem Glauben, erfüllt von der Hingabe an

eine Idee. Von ihm wird ganzer Einsatz gefordert, und er selbst will diesen leisten; nach besten Kräften. Denn er brennt selbst darauf, in dieser Gemeinschaft soviel zu schaffen, soviel beizutragen wie irgend möglich ist. (...) Er hat inneren Anteil an allem, was zur Verwirklichung seiner nationalen Interessen dient. Er weiß, dass die Kameradschaft als ganzes nur soviel leisten kann, wie jeder einzelne dazu beiträgt, sowohl finanziell als auch durch eigene Leistung, wie durch vorbildliches Leben, durch das noch nicht der Kameradschaft angehörige Menschen angezogen werden« (aus: »Unser Wollen« Schrift der Artgemeinschaft).

Bemerkenswert ist neben dem zelebrierten Pathos der angesprochene Idealismus, der jedoch in der Praxis häufig so nicht wieder zu finden ist. Aussteiger berichten wiederholt von den Differenzen zwischen Theorie und Tat, der sie zum Gedanken des Ausstiegs motiviert habe. Gemeint ist damit der Gegensatz zwischen dem Selbstbild als »Herrenmensch« und dem konkreten Verhalten besonders von Führungspersonen der Szene, das den versprochenen Idealen widerspreche. Zu ihren Zielen zählen die Kameradschaften nach dem Vorbild der französischen Neuen Rechten und unter ausdrücklichem Bezug auf Gramsci die Schaffung einer kulturellen Hegemonie, die die Basis für folgende politische Macht darstellen soll. Zu den Mitteln zählen u.a.:

- Das Konzept der »nationalen Jugendarbeit«: es richtet sich gezielt an die Altersgruppe ab 12 Jahren und soll junge Menschen mittels alltäglicher Freizeitangebote (Fußball, Camping) an die Szene heranführen.
- Kulturelle Animation: Mittels kultureller Ereignisse sollen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die gleichzeitig der Wertevermittlung dienen. Besonders gilt dieses für rechtsextreme Musikveranstaltungen.
- Publikationswesen: Zunehmend werden »nationale« Pressedienste aufgebaut, die das bisherige rechtsextreme Publikationsnetzwerk erneuern, da sie ihre Produkte kommunal ausrichten, lokale Themen aufgreifen und z. T. breit und kostenlos verbreiten. Höhepunkte sind sog. öffentliche »Pressefeste«, in denen diese Produktlinien einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.
- Nationale Schülergruppen: Eine Neuheit ist der Aufbau gezielt rechtsextrem orientierter Jugendgruppen, deren Aktionsfeld die eigene Schule sein soll.
- Kinderangebote: Noch in der Phase der Erprobung steckt das Projekt der »nationalen Kinderfeste«. Mit kostenlosen Spielangeboten und kulinarischen Genüssen (Bratwurst und Cola) sollen Kinder angesprochen werden. Passend dazu werden erste ideologisch aufgeladene Kinderbücher vertrieben.

Besondere Beachtung verdienen dabei verschiedene politische Ritualisierungen. Theoretisch beziehen sich diese auf die Schaffung gemeinsamer Werte durch den Bezug auf eine als positiv definierte Nationalgeschichte und gemeinsame Bräuche und Kulturerlebnisse. Ein Beispiel aus der rechtsextremen Jugendzeitschrift »Das Sturmsignal« unter der Überschrift »Wille und Weg einer nationalen revolutionären Jugend« von 2003: »Wir wollen unsere artgemäßen Bräuche nicht der heuchelnden Kirche oder dem System überlassen. Wir singen unsere alten Volkslieder, wir tanzen unsere fast vergessenen Volkstänze, wir feiern Frühlingfeste, Tag- und Nachtgleichen, Sommer- und Wintersonnenwenden, Erntedankfeste, Heldengedenken, Julfeste und leben so unsere Bräuche.

Sie dürfen nicht versiegen, die weisen Quellen des Volks- und Kulturgutes unserer Ahnen! Mit diesem Auferstehen von alten Bräuchen und Riten folgen wir der Stimme unserer Urväter und einem ungeschriebenen Gesetz, welches in unserer Blutlinie verankert ist. Besseres kann kein Volk vererben, als der eigenen Väter Brauch. Wenn des Volkes Bräuche sterben, stirbt des Volkes Seele auch« (Das Sturmsignal 1/2003, S. 52).

Es ist wichtig, diese Bräuche und Ritualisierungen besonders in Form der genannten Feste nicht als Kontrapunkt, sondern als komplementäres Element zu Saufgelagen oder rechtsextremen Skinheadkonzerten zu sehen. Beides ergänzt sich und schließt sich nicht aus.

Die Praxis der Kameradschaften und ihre strategisch-strukturelle Anlage des informellen Netzwerkes, der kommunalen Orientierung und Kleinteiligkeit läßt sich zurückführen auf Erfahrungen rechtsextremer Kleinstgruppen noch in der DDR. Der repressive Staat ließ keinen Freiraum für größere Organisationen. Der strategische Ansatz war daher eine Option, sich der Repression zu entziehen. Die Idee der Kameradschaft formulierte jedoch später erst Christian Worch aus Hamburg. Seine Idee war der Wiederaufbau der NSDAP. Da auch der westdeutsche Staat eine Neugründung der Partei nicht gestattet, zielte er auf die Schaffung von Zellen, die miteinander verbunden perspektivisch ein Ganzes und damit die Partei ergeben sollten. In Ostdeutschland fand diese Idee geringeren Anklang. Weniger die Gründung einer Partei war das mittelfristige Ziel, sondern die Schaffung einer revolutionären Situation zur Überwindung des demokratischen Systems zugunsten eines nationalsozialistischen Staates, in dem auch die NSDAP keine größere Funktion mehr erfüllen müsste.

Diese rechtsextremen Netzwerke breiteten sich besonders nach den Verboten mehrerer rechtsextremer Gruppierungen Mitte der 1990er Jahre massiv aus. Sie stellen in Ostdeutschland die strukturelle Basis des modernen Rechtsextremismus und sind in unterschiedlicher Qualität und Quantität nahezu flächendeckend verbreitet. Auch in Westdeutschland lösen diese informellen Netzwerke mit hoher Kommunikationsqualität zunehmend den alten, auf Parteien und Vereinen aufbauenden Rechtsextremismus ab. Damit verbunden ist die Verwendung neuer Kommunikationsmittel (besonders des Internets mit seinen zahlreichen rechtsextremen Chats und Blogs), die eine hohe Kommunikationsdichte und gleichzeitig eine niedrigschwellige Kommunikationsaufnahme ermöglichen. Zusammen mit den Angeboten der nationalen Jugendarbeit schafft dieser Modernisierungsschritt unmittelbare Verbindungen zur rechtsextrem orientierten Jugendkultur.

Der Trend der rechtsextremen Strukturen ist somit eindeutig: Trotz einiger NPD-Erfolge orientiert sich der strukturelle Kern des modernen Rechtsextremismus an Ideen der sozialen Bewegungen, organisiert sich in der Sphäre der Zivilgesellschaft und wirkt dort im Sinne der Zivilgesellschaftsdefinitionen nicht für, sondern gegen die Demokratie. Dieses Verhalten ist dabei nicht zufällig, sondern begründet in einem Mix aus Erfahrung und Strategiebildung. Besonders im ostdeutschen Rechtsextremismus leben noch Erfahrungen der DDR-Zeit fort. Dort war subversives Handeln angesichts der staatlichen Repression unumgänglich.

Aus rechtsextremer Sicht hat sich mit der Wende am Charakter des Staates nicht viel verändert. Für sie ist auch die Bundesrepublik ein autoritärer und repressiver Staat, der rechtsextremes Handeln unterdrückt. Dagegen wehren sich rechtsextreme Strukturen mit den Mitteln, die sie schon in der DDR gelernt haben. Hinzu kommt

die zweite Erfahrung, dass reine Gewaltanwendung viele Bürger abschreckt, die es zu gewinnen gilt. Offene Unterstützung gibt es hingegen bei vermeintlich gemeinwohlorientierten Handlungen. Besonders die Vordenker der »national befreiten Zonen« haben begriffen, dass sich ein zusätzliches Potential für die »Volksgemeinschaft« durch Engagement gewinnen lässt. Dieses Konzept prägt die Debatten vieler freier Nationalisten, ist aber in der Szene nicht unumstritten und geht häufig nicht konform mit der nach wie vor präsenten Gewaltverherrlichung.

These 2: Die rechtsextreme Praxis ist oft düftiger als das Selbstbild.

Das Eigenlob der rechtsextremen Aktivisten ist hoch. Ein Blick in die rechtsextreme Publikationslandschaft verriet das idealistische Eigenbild. Ein Beispiel: Im »Förderturm« (Nr. 6, Seite 15) wird das Bild des »Politischen Soldaten« als Leitbild der rechtsextremen Bewegung vorgestellt. Er sei das Gegenbild zur »Spaßgesellschaft«, kämpfe gegen sie an und orientiere sein Verhalten am politischen Kampf als Priorität seines Lebens. Dazu gehöre die weitgehende Abstinenz von Alkohol und Zigaretten, die Überprüfung des eigenen Medienverhaltens (weniger Fernsehen) sowie die Aufforderung, mehr zu lesen, da Lesen Wissen und Wissen Macht sei und Fernsehen lediglich »Hetzpropaganda« der Feinde sei. Das Bild des »politischen Soldaten« ist das Gegenstück zum real-existierenden und subkulturell orientierten Rechtsextremisten. Der Eine soll sein Leben und sein Verhalten dem politischen Kampf unterordnen. Der Andere erfreut sich an Spaß, Musik und Gemeinschaft, während Politik für ihn eher beiläufig ist.

In seinen Vorträgen zu seinem Leben in der rechtsextremen Szene erzählt der Aussteiger und heutige Mitarbeiter von EXIT-Deutschland Mathias Adrian oft eine Episode aus Hessen. Darin sei er zu einer illegalen und geheimen Wehrsportübung in einem Wald eingeladen worden. Mittels abhörsicherer Zelte, Sendeteiler und getrennter Anreisen wurde ein Höchstmaß an Sicherheitsvorkehrungen vor staatlichen Repressionen betrieben. Adrian vermutete, dass nach dem Aufbau dieser schweren Zelte und einem Eröffnungsgrillen der sportliche Teil des Programms beginne. Stattdessen jedoch wurde nicht morgens marschiert, sondern durchgehend zu viel Alkohol getrunken, so dass die Veranstaltung nicht in sportlicher Ertüchtigung, sondern im alkoholbedingten Kater endete. Adrian bekam danach Zweifel über den Widerspruch rechtsextremen Seins und Wollens. Er verstand sich als politischer Kämpfer und verzweifelte am Widerspruch zwischen Schein und Sein seiner »Kameraden«.

Ähnlich widersprüchlich verhält es sich mit Ankündigungen einer rechtsextremen geistigen Offensive. Aus dem Kreis der NPD-Fraktion wurde sogar die Ablösung der Frankfurter durch eine Dresdner Schule des nationalistischen Aufbruchs versprochen. Der Ankündigung folgten jedoch keine weiterführenden Initiativen oder gar innovative Ideen. Viele Rechtsextremisten kennzeichnet ein hohes Maß an Arroganz und Selbstüberschätzung. Das betrifft auch ihr zivilgesellschaftliches Handeln. Schon kleine Handlungen werden medial ausgeweitet. Nur an wenigen Orten gelingt jedoch eine kontinuierliche Arbeit. Das ist begründet in den internen Szenewidersprüchen. Die wirklichen Aktivisten verzweifeln dabei an der Trägheit der Mitläufer und die Mitläufer verstehen nicht den strategischen Sinn des Engagements.

These 3: Der Rechtsextremismus ist da erfolgreich, wo er sich zivilgesellschaftlich organisiert.

Wie lässt sich rechtsextremer Erfolg messen? Anerkannte Indikatoren sind die Stärke der rechtsextremen Strukturen, Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Blickt man auf diese drei Aspekte, fallen zumindest zwei rechtsextreme Verdichtungsräume auf, für die mindestens zwei Indikatoren (Strukturstärke und Wahlerfolge) vorliegen: die Sächsische Schweiz und Ostvorpommern. In beiden Teilen erringt die NPD weit überdurchschnittliche Wahlerfolge und kann auf gewachsenen Strukturen aufbauen. Beide Regionen haben dabei zentrale Gemeinsamkeiten.

Die rechtsextremen Erfolge bauen auf einer Geschichte der gesellschaftlichen Verankerung und lang anhaltender rechtsextremer Aktivitäten auf. In der Sächsischen Schweiz gehören zum führenden NPD-Personal mittelständisch verankerte Kümmerer in Dorfstrukturen. In Vorpommern handelt es sich hingegen um eine mittlerweile über zehn Jahre dauernde Aktivität der kulturellen Animation besonders für den rechtsextremorientierten Jugendanhang.

Sowohl die mittelständisch verankerten wie auch die jugendorientierten Kümmerer werden in ihren Handlungsorten nicht ausgegrenzt, sondern können ungehindert und ohne Widerstand offen für ihre politischen Ideen in Wort und Tat werben. Sie übernehmen dort zivilgesellschaftliche Funktionen und eben das ist ihr Erfolgsrezept. In beiden Regionen fußt das Engagement auf drei Säulen des Handelns:

- Versuche der ökonomischen Lebenssicherung durch Aufbau mittelständischer Betriebe oder auch unmittelbar rechtsextreme Infrastrukturen wie Läden oder Vertriebe;
- Nationale Jugendarbeit: Angebote an Jugendliche in Form von Sport oder Kulturveranstaltungen zur Annäherung an rechtsextreme Strukturen;
- Diskursive Einwüfe: Versuche, kommunale Themen über Veranstaltungen, Publikationen oder sog. face-to-face-Gespräche zur Verbreitung der Etablierung der rechtsextremen Strukturen als anerkannte Partner in der Gemeinde zu nutzen.

Alternative Versuche der strategischen Konzentration auf parteiliche Organisation oder der Entwicklung von Militanz isolierten die rechtsextremen Aktivist:innen. Sie sind nur dort stark, wo ihnen eine glaubwürdige Verbindung aus Engagement, Authentizität und Kommunikation in verschiedene gesellschaftliche Milieus hinein gelingt. An diesen Verdichtungsräumen gelingt es ihnen auch, einige der eingangs formulierten »klassischen Funktionen« der Zivilgesellschaft zu erfüllen. Sie prägen die politische Sozialisation ihrer Mitglieder, greifen besonders in kommunale Diskurse kritisch ein und bilden alternative Gesellschafts- und Politikentwürfe, auf die der Staat und die Demokraten in der Zivilgesellschaft zu reagieren haben. Dabei wirken sie jedoch weder integrativ noch stabilisierend.

These 4: Rechtsextreme Strukturen brauchen klare Grenzen.

Rechtsextreme Strukturen sind allerdings nur dort stark, wo ihre Gegner deren Ausbreitung auch zulassen. Fragt man Aussteiger aus der rechtsextremen Szene, welche Maßnahmen sie als besonders störend empfunden haben in ihrer rechtsextremen Karriere, fällt unweigerlich der Blick auf den Bereich der staatlichen Repression. Ein funktionierender Rechtsstaat ist die erste Antwort auf den Rechtsextremismus. Sie alleine genügt jedoch nicht. Der moderne Rechtsextremismus lebt ein Ideal, den nationalen Sozialismus, und hat eine klare Vision für den Nationalstaat in der globalisierten Welt. Sein gedanklicher Bezugsrahmen ist mittlerweile weniger der historische Nationalsozialismus, sondern die Frage nach Ungerechtigkeiten in der modernen Gesellschaft. Die demokratische Gegenseite tut sich zumindest dann mit den eigenen Werten und Antworten auf die Globalisierung schwerer, wenn sie sich nicht in den platten Populismus retten will.

Eine moderne, demokratische Zivilgesellschaft muss sich ihrer eigenen demokratischen Qualität oft erst noch vergewissern, um sie nach innen wie außen darstellen zu können. Gelingt jedoch die Entwicklung eines souveränen, regional angebundenen, demokratischen Gegenentwurfs, der auch offen auf die real existierenden rechtsextremen Strukturen im Sinne der Entwicklung von Dissidenz und Eingrenzung reagiert, fehlt den rechtsextremen Strukturen der nötige gesellschaftliche Entwicklungsraum. Im besten Fall können sie dann gesellschaftlich isoliert werden und mutieren so zur politischen Sekte.

Literatur

Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp.

Schulz zur Wiesch, Jochen (2002): Zivilgesellschaft – sozialer Wandel – lokale Lebensräume. In: Stiftung SPI (Hg.) Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie in Berlin. Berlin, 15-17.

Wagner, Bernd (2000): Rechtsextremismus und Jugend. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich, S. 155-166.

Autor

Dierk Borstel ist Diplom-Politologe und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald, im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sowie bei der ZDK – Gesellschaftliche Demokratische Kultur Berlin.

Dieser Artikel ist erstmalig erschienen im Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, 4/2008, S. 23-28.

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de